



Postfach 13 03 35
50497 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 – 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de

Siemens Aktiengesellschaft
Corporate Finance Treasury,
Investor Relations (CFT 3),
Wittelsbacher Platz 2

80333 München

per Telefax: 089 – 636 32 830 / per Email: cinzia.fasoli@siemens.com

Z. Hd. v. Herrn Peter Löscher, Vorstandsvorsitzender
Z. Hd. v. Herrn Gerhard Cromme, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Köln, 8. Januar 2008

Gegenanträge zur Hauptversammlung der Siemens AG am 24. Januar 2007

Sehr geehrter Herr Löscher, sehr geehrter Herr Cromme,

der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre stellt anlässlich der Hauptversammlung der Siemens AG am 24. Januar 2008 folgende Gegenanträge:

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4:

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Begründung:

Die Firmenpolitik der Nachhaltigkeit ist zutiefst widersprüchlich. Sie verkehrt sich in der Praxis oft ins Gegenteil.

1. Die Beteiligung der Siemens AG an der Nuklearfirma AREVA bedeutet nicht nur eine Mitverantwortung an der Ausbreitung der Atomtechnologie mit all den bekannten schlimmen Auswirkungen, sondern auch eine Unterstützung von verabscheuungswürdigen Geschäften mit Diktaturen, in denen Menschenrechte systematisch missachtet werden und Korruption in der Staatsführung und der Wirtschaft gang und gäbe ist. Herausragende Beispiele sind Ghadafis Libyen und das kommunistisch-kapitalistische China, mit denen der französische Staatspräsident Sarkozy mit AREVA im Schlepptau in jüngster Zeit Verträge über die Lieferung von Atomkraftwerken abgeschlossen hat. Wenn die Siemens AG dies nicht verhindert, stellt sie Geschäft über Menschenrechte.
2. Siemens beteiligt sich immer noch an Großstaudämmen wie z.B. dem Omkareshwar-Staudamm in Zentralindien, obwohl die Deutsche Bank, Barclays (London) und die Weltbank aus der Finanzierung dieses Projektes ausgestiegen sind. Meistens werden Staudämme dieser Größenordnung nicht nach Kriterien der Nachhaltigkeit errichtet. Ihr Bau hat ökologisch und sozial verheerende Folgen. Natur- und Kulturlandschaften werden zerstört und viele Menschen werden aus ihrer angestammten Heimat vertrieben. Seit der Unabhängigkeit Indiens sind 40 Millionen Menschen für Großstaudämme umgesiedelt worden, 50.000 durch den Bau des Omkareshwar-Staudamms, 200.000 durch den Staudamm von Indira Sagar. Omkareshwar ist ein Teil des Narmada-Tal-Projektes, das den Bau von 30 großen Staudämmen entlang des 1.300 Kilometer langen Flusses vorsieht. Werden diese Projekte ausgeführt, werden mehr als zwei Millionen Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Eine ethisch verantwortungsvolle Geschäftspolitik verzichtet wie in dem Fall des Mega-Staudamms Copolar in Nicaragua, wo Siemens auf die Proteste der Bevölkerung hin mit Rückzug reagierte, auf unökologische und unsoziale Geschäfte. Stattdessen sind Investitionen in die Stromnetze Indiens, in denen 40 Prozent des Stroms bei der Übertragung verloren gehen, Beteiligungen an Wind- und Solaranlagen und dezentraler Energieversorgung nachhaltig und sozial stabilisierend.
3. Das Engagement für die Reduzierung der klimaschädigenden Emissionen ist angesichts der erdrückenden Fakten und der übereinstimmenden Modellrechnungen zu schwach. Siemens gehört nach einer Befragung der Investoreninitiative Carbon Disclosure Project (CDP) nicht zu den Firmen, die umfassend über klimaschädliche Emissionen und Strategien zur Senkung berichten. Eine Weltfirma wie Siemens muss durch differenzierte und nachprüfbar Zielsetzungen und Erfolge einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Der Vorstand nutzt die herausragende Position im Bundesverband der Deutschen Industrie nicht, um dessen bremsende Klimapolitik zu verändern. Er hat der Aussage des BDI-Präsidenten Thumann: „Mit ihrem Drängen für mehr Klimaschutz setzt Merkel deutsche Arbeitsplätze aufs Spiel“ nicht widersprochen, obwohl diese Aussage gegen das Firmeninteresse des Ausbaus der erneuerbaren Energietechniksparte gerichtet ist.
4. Siemens beteiligt sich durch einen Zuschuss von 25 Millionen Euro an dem wirtschaftlich unsinnigen Projekt der Magnetschwebbahn vom Hauptbahnhof München zum Erdinger Flughafen. Ein Konzern, der an dem Renommé, funktionierende Spitzenleistungen zu liefern, interessiert ist, sollte sein Geld nicht bei einer unrentablen Museumsbahn verschleudern. Auch die 30-Kilometer-Strecke

in China ist immer noch hoch defizitär. Es gibt bislang keinen vernünftigen Grund, anzunehmen, dass das Münchener Milliardenprojekt als reine Demonstrationsstrecke Aufträge nach sich ziehen würde. Der Transrapid bringt weder technisch noch ökologisch Vorteile gegenüber der funktionierenden Rad-Schiene-Technik. Stattdessen sollte der Vorstand dafür sorgen, dass schienengebundene Bahnnetze in allen Ländern ausgebaut und verbessert werden, dass die von Siemens ausgelieferten Bahnen gut funktionieren und nicht wegen technischer Mängel ausfallen und dauernd nachgebessert werden müssen. Diesem profitablen Geschäft sollte wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

5. Die Mehrheit der Vorstandsmitglieder hat den korruptiven Praktiken im Unternehmen zu spät und zu wenig Beachtung geschenkt und nach Bekanntwerden des Ausmaßes der schwarzen Kassen nicht die richtigen Entscheidungen zur Aufklärung, zur Information der Öffentlichkeit und zur Aufarbeitung getroffen.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 5:

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird die Entlastung verweigert.


Begründung:

Der Aufsichtsrat hat die widersprüchliche Geschäftspolitik der Nachhaltigkeit mindestens mehrheitlich gebilligt und mitgetragen. Das betrifft insbesondere

- die Beteiligungen an der Verbreitung der gefährlichen Nukleartechnologie,
- der Geschäfte mit Diktaturen, die die Menschenrechte massiv verletzen und korrupt sind,
- die Beteiligungen an ökologisch und sozial verheerenden Großstaudämmen
- das fehlende Engagement zur Reduzierung von klimaschädigenden Emissionen
- die Zusage eines verlorenen Zuschusses zur Finanzierung der unwirtschaftlichen Magnetschwebbahn vom Münchener Hauptbahnhof zum Erdinger Flughafen.

Der Aufsichtsrat ist seinem Auftrag bei der Kontrolle des Finanzgebarens der Firmensparten nicht gerecht geworden und hat die erforderlichen Maßnahmen nach Bekanntwerden der Korruptionsvorwürfe viel zu spät getroffen.

Da wir nicht wissen, wer mit welchem Votum zu diesen Punkten im Aufsichtsrat gestimmt hat, müssen wir allen Mitglieder die Entlastung verweigern.



gez. Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre